

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 0153/2015 (FD)

**Interpellation Peter M. Linz (SVP, Büsserach): Gleichstellung der Geschlechter
(03.11.2015)**

Das Personalamt fördert das sogenannte Gender-Mainstreaming. Dieser Begriff ist auch im Leitbild des Kantons vorhanden. Die UN-Frauenkonferenz in Peking 1995 lag in den Händen von Radikalfeministinnen und mit Steuergeldern finanzierten Nichtregierungsorganisationen. Die substantielle Gleichheit von Mann und Frau wird angestrebt, die Dekonstruktion der Geschlechteridentität usw. Ein neues Weltbild ohne Rücksicht auf diverse Kulturen, religiöse Vorstellungen wird geprägt. Wie immer haben die Aktivistinnen erreicht, dass Art. 8 in unsere Bundesverfassung kam. Niemand hat etwas gegen die Gleichstellung. Damit wurde aber die Büchse der Pandora geöffnet. Zumindest teilweise sollte das Abstruseste wieder in der Büchse verschlossen werden.

Sprachkapriolen und Gender-Erziehung werden an Schulen betrieben. Buben werden zu Mädchen erzogen. Die Männersprache sei Gewalt an Frauen. Frauen mit oder ohne Kinder sollten jederzeit eine vollzeitige Erwerbstätigkeit ausüben können. Dagegen wird bundesstaatlich und kantonale Teilzeitarbeit von Männern gefördert.

Gender-Mainstreaming heisst, dass es keine Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen gibt. Das seien alles erlernte Rollen. Das biologische Geschlecht soll durch „Gender-Mainstreaming“ durch ein soziales und psychologisches Geschlecht ersetzt werden. Privilegierung aller nicht-heterosexuellen Lebensformen. Entnaturalisierung der Geschlechter. Umerziehung des Mannes. Langsam wird die Familie abgeschafft. Der Mann soll den Haushalt führen und den voll arbeitenden Lebensabschnittspartnerinnen den Rücken freihalten und die Kinder und Alten daheim pflegen. Rollenbilder müssen geändert werden. Männer beim Abwasch, Frauen als Professorinnen.

Eine Nichtregierungsorganisation hat vom Eidgenössischen Gleichstellungsbüro für das Projekt „Teilzeitmann“ 348'440 Franken bekommen (Weltwoche). 3000 Mitarbeiter (m) von KMUs wurden befragt. 1200 haben geantwortet. Die meisten gaben an, weniger arbeiten zu wollen, aber nur, wenn sie gleich viel verdienten.

Die Mehrleistungen der Männer werden nirgends aufgelistet oder beachtet: Mehr Steuern, Umverteilung in der AHV, in der Krankenversicherung, in den Pensionskassen z.G. von Frauen. Männer leisten Militärdienst. Eine Revision des Aktienrechts wird gefordert, damit die privilegierten fraulichen Privilegierten per Quoten noch in Verwaltungsräte delegiert werden. Zusätzlich noch eine Lohnpolizei, die angebliche Ungleichheit bei den (hohen) Löhnen aufspüren soll.

Der hohe Regierungsrat wird höflich gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist es wirklich eine kantonale Aufgabe, die Bevölkerung im Sinne des Gender Mainstreamings umzuerziehen und entsprechende Merkblätter rauszugeben?
2. Hat ein Leitfaden für die sprachliche Gleichstellung irgend etwas mit Gleichstellung zu tun? Studierende, Teilnehmende, Bewohnende, Lernende, Lehrkraft, Lehrmann, Lehrfrau. Ein Partizip-Präsens, das heisst Leute, die ständig am Studieren, am Teilnehmen, am Bewohnen, am Lernen sind. Hat es etwas mit Gleichstellung zu tun, wenn auf unzähligen Seiten die Berufsbezeichnungen zuerst in männlicher und dann in weiblicher Form aufgeführt werden wie z.B. im Kantonalen Amtsblatt?
3. Warum muss jeder Kanton, jede Universität und jede Fachhochschule so einen Leitfaden

rausgeben und warum brauchen Universitäten Gender-Professorinnen?

4. Ist es Aufgabe des Kantons, Teilzeitarbeit für Männer zu fördern, um die Gleichstellung mit Frauen zu erreichen, die erheblich mehr Teilzeit arbeiten als Männer?
5. Handelt es sich beim Gender-Mainstreaming nicht um eine Pseudowissenschaft ohne Bezug zur Realität und gehörten die Gender-Professuren nicht abgeschafft?
6. Sollten hoch bezahlte kinderlose Paare, die je zu 50% arbeiten, nicht zum Progressions-satz für Vollzeit besteuert werden?
7. Ist der Regierungsrat bereit, bei Vernehmlassungen zu Eidgenössischen Gesetzesrevisionen sich negativ zu Frauenquoten oder Lohnpolizei zu äussern?
8. Wie hoch sind die Kosten des Kantons für die Umsetzung dieses sogenannten „Gender-Mainstreamings“? Schulen sind mit zu berücksichtigen.
9. Gehört die kantonale Gleichstellungskommission nicht längst abgeschafft?
10. Falls die Regierung auf dieser Kommission beharrt, bitte ich zu erklären, wann nach Ansicht der Regierung die Gleichstellung der Geschlechter erreicht sein wird.

Begründung 03.11.2015: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Peter M. Linz (1)